

## **Niederschrift**

### **über die 137. Sitzung des Planungsausschusses am 22.03.2018 in Gottfrieding**

Beginn: 10:00 Uhr  
Ende: 12:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder laut Anwesenheitsliste: 17

Sie wurde vom Vorsitzenden, Ersten Bürgermeister **Alfons Sittinger**, geleitet.

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
  
2. Regionalplan Region Landshut (13)
  - 2.1 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B II Siedlungswesen  
Beratung und Beschluss über das Anhörungsverfahren
  
  - 2.2 Achte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Kapitel B III Sozialwesen, Gesundheit, Bildung und Kultur  
Sachstandsbericht
  
3. Jahresrechnung für das Jahr 2017  
Beratung und Beschluss
  
4. Haushaltsplan für das Jahr 2018;  
Beratung und Beschluss
  
5. Fortschreibung Landesentwicklungsprogramm Bayern 2018  
Aktuelle Neuerungen
  
6. **„Dahoam in Niederbayern“**  
Informationsportal für die Region:  
Von "Innen und Außen" positiv wahrgenommen werden
  
7. Bericht über abgeschlossene landesplanerische Überprüfungen und  
Stellungnahmen des Verbandes  
Raumordnungsverfahren B 15neu

## 8. Informationen, Wünsche und Anträge

Nichtöffentlicher Teil:

---

### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Verbandsvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gremiums und den Planungsbeirat.

Besonders bedankte er sich bei der Gemeinde Gottfrieding für die Möglichkeit, die Tagung abhalten zu können und für die freundliche Aufnahme. Herrn Ersten Bürgermeister **Gerald Rost** bat er anschließend um ein Grußwort.

Er hieß besonders die Landräte **Heinrich Trapp** und **Peter Dreier**, die stellvertretende Landrätin **Edeltraud Plattner** sowie Oberbürgermeister **Alexander Putz** herzlich willkommen.

Als Referenten wurden namentlich begrüßt:

- **Albert Eckl**, Vorstand
- **Bertram Vogel** vom Niederbayernforum e.V. (unser Kooperationspartner)
- **Martin Bloch** Mitarbeiter Dahoam in Niederbayern
- **Anita Stadler** Projektkoordination "Dahoam in Niederbayern"

Hans Lindner Stiftung  
Stiftung des bürgerlichen Rechts  
Bahnhofstraße 29  
94424 Arnstorf

Von der Regierung von Niederbayern begrüßte er

- Herrn Regierungsvizepräsidenten **Dr. Helmut Graf**
- Herrn Abteilungsdirektor **Dr. Jürgen Weber**, Bereichsleiter des Bereichs 2, Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr
- Herrn leitenden Regierungsdirektor **Peter Schmid**, Sachgebietsleiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung
- Herrn ORR **Sebastian Bauer**, Regionsbeauftragter und Mitarbeiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung.

Weiter wurden begrüßt:

- **Christine Erbinger** und **Renate Landesberger** von der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes

Der Vorsitzende stellte die form- und fristgerechte Ladung entsprechend der Satzung und der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut fest. Weiter stellte der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und informierte, dass zur Erleichterung der Protokollführung ein Aufzeichnungsgerät mitläuft. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

---

Erster Bürgermeister **Gerald Rost** hieß danach die Anwesenden in Gottfrieding herzlich willkommen und stellte in seinem Grußwort die Gemeinde kurz vor.

---

## 2. Regionalplan Region Landshut (13)

### TOP 2.1: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Fortschreibung von Kapitel B II Siedlungswesen Beratung und Beschluss über das Anhörungsverfahren

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erkundigte sich, ob beim Grundsatz „*Die Ausweisung größerer Wohnbaugebiete soll mit einem leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsangebot kombiniert werden.*“ tatsächlich eine Beschränkung auf größere Wohnbaugebiete nötig sei. Auch bei einem Baugebiet mit 20 Parzellen hätten die Bürger seiner Meinung nach einen Anspruch darauf, dass es eine Anbindung an den ÖPNV gebe. Er schlug vor, das Wort „größerer“ zu streichen. Zudem wäre es besser statt „Verkehrsangebot gleich ÖPNV zu schreiben.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erklärte, dass die Wohnbaugebiete von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich seien. In der Begründung habe man aus diesem Grund die Formulierung mit „ca. 30 Parzellen“ gewählt. Ein kleines Baugebiet mit 5 oder 6 Parzellen müsse man sicher anders betrachten als eines mit 30 oder 50 Parzellen. Wenn es aus Sicht des Ausschusses sinnvoll sei, dann könne man in der Begründung auf eine Zahl verzichten, die Formulierung „größerer“ würde er allerdings belassen.

Im Konzept des Landkreises Dingolfing-Landau, so Landrat **Heinrich Trapp**, habe man festgelegt, dass Ortschaften über 200 Einwohner mit einer Mindestzahl an Fahrten pro Tag an die beiden Städte angebunden werden. Man habe aber die Erfahrung gemacht, dass diese Busse außerhalb der Schulzeiten relativ leer durch die Ortschaften fahren. Hier würde man sich eine größere Akzeptanz wünschen. Als

typisches Beispiel nannte er das Logistikzentrum bei Wallersdorf. Hier würden jetzt die Parkplätze erweitert, weil das Busangebot einfach nicht genutzt werde.

Als zweites bat er darum beim Thema Flächenverbrauch sehr genau hinzusehen. In Gegenden, in denen schon immer sog. „Haufendörfer“ die Landschaft prägten, sähen die Wünsche der Bürger anders aus als bei den vielen Streusiedlungen z. B. im Landkreis Rottal-Inn. Wenn die Einwohner nicht mitmachten, könne man die Nachverdichtung in den vorhandenen Baugebieten nicht durchsetzen. Viele wollten auch einfach kein größeres Gebäude neben ihrem Einfamilienhaus. Bei den Gewerbeflächen seien in den letzten Jahren viel Hallen dazugekommen. Aber damit habe man auch Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und auch eine entsprechende Lagerhaltung, die dazu führe, dass nicht alles einzeln von weit her transportiert werde. Außerdem seien für diese Flächen auch entsprechende Ausgleichsflächen geschaffen worden.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** stimmte ihm zu, dass man bei diesem Thema immer beide Seiten betrachten müsse. Der Landkreis Rottal-Inn sei in den letzten Jahren sukzessiv gewachsen. Es gebe hier nicht die eine Planung, die riesige Flächen verbraucht habe, sondern alle Gemeinden und Städte seien gewachsen. Tatsächlich sei aber der Flächenverbrauch je Einwohner in der Region relativ hoch. Die formulierten Grundsätze seien aus seiner Sicht noch moderat. Es gebe auch Stimmen, die den Flächenverbrauch auf 0.3 ha pro Tag senken wollten. Die Flächen seien nicht vermehrbar und der Druck darauf werde größer. Man müsse mit der wertvollen Fläche angemessen umgehen. Eine harte Grenze, ab der dann nichts mehr ausgewiesen werden dürfe, halte er auch nicht für sinnvoll.

Landrat **Heinrich Trapp** ergänzte, dass mittlerweile viele Flächen rein aus Spekulationsgründen erworben würden. Im Lkr. Dingolfing-Landau habe man derzeit die höchsten Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in Deutschland. Beim Grundstücksankauf wegen z. B. Straßenverbreiterung zahle man einen um ein Vielfaches höheren Preis als noch vor zwölf Jahren. Eine starre Grenze halte er ebenfalls für nicht sinnvoll. Die Kommunalpolitiker sollten hier dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen. Gegen Flächenfraß sei im Grunde jeder, man müsse die Fläche immer sinnvoll nutzen.

Verbandsvorsitzender **AlfonsSittinger** plädierte dafür vernünftige und innovative Lösungen zu suchen. Man müsse Ziele und Grundsätze formulieren, wie man mit dem Flächenverbrauch künftig umgehen wolle. Dazu sei diese Fortschreibung ein erster Schritt.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** merkte an, dass es bei den Wohnbaugebieten unabhängig von der Größe darum gehe, den Menschen Mobilität zur Verfügung zu stellen. Dies müssten nicht ausschließlich Busse sein. Es gebe hier ja schon viele Ansätze wie Sammeltaxis, Rufbus und ähnliche Projekte. Er bat noch einmal darum, das Wort „größere“ zu streichen.

Abteilungsleiter **Dr. Jürgen Weber** gab zu bedenken, dass man die Finanzierbarkeit des öffentlichen Verkehrs gerade im ländlichen Raum nicht außer Acht lassen dürfe. Man könne sicherlich im Bereich des ÖPNV Verbesserungen schaffen. Es sei aber fraglich, ob jedes Wohngebiet so angebunden werden könne,

wie man es sich wünsche. Man müsse das Wünschenswerte und das finanziell Mögliche beachten. Es gebe zwar derzeit ein Förderprogramm für flexible Bedienformen beim ÖPNV, aber die Mittel reichten bei Weitem nicht aus, um in der Fläche ein umfassendes Angebot aufbauen zu können. In der Regel habe der Landkreis für die Unterstützung des ÖPNV zu wenig Mittel zur Verfügung und diese müssten möglichst sinnvoll eingesetzt werden. In den nächsten Jahren würden die Mittel hierfür sicherlich etwas anwachsen. Für Kooperationen werde es etwas mehr Mittel geben. Aber damit könne nicht ein mit den Städten vergleichbares Angebot geschaffen werden. Er halte deshalb die Formulierung „größere Wohngebiete“ für durchaus sinnvoll.

Nach Ansicht von Herrn Oberbürgermeister **Alexander Putz** sei die Größe allein nicht entscheidend. Es hänge immer auch von der Lage ab. Er könne sich deshalb vorstellen das Wort „größere“ tatsächlich wegzulassen, dafür aber einen Passus „soweit vom finanziellen Aufwand her vertretbar“ einzustellen, könne aber auch mit der bisherigen Formulierung leben. Man müsse auch abwarten, welche neuen Konzepte es geben werde, die unter Umständen wirtschaftlicher zu betreiben seien.

Bezüglich des Flächenverbrauchs sei es für den Bund leicht, Vorgaben für das ganze Land zu machen. Dies würde aber den Status Quo der Lebensverhältnisse einfrieren. Wenn man sich den höheren Flächenverbrauch in Niederbayern ansehe, dann sei diese Entwicklung absolut nachvollziehbar. Der Lebensstandard in Niederbayern sei enorm gewachsen, die Lebensverhältnisse hätten sich enorm entwickelt und es habe enormen Aufholbedarf gegeben. Man müsse sorgsam mit der Ressource Fläche umgehen, aber eine grundsätzliche Deckelung könne man seiner Meinung nach fast als einen Anschlag auf die Entwicklung des ländlichen Raumes betrachten. Man sollte deshalb keinesfalls eine schärfere Formulierung ins Auge fassen.

Landrat **Peter Dreier** erinnerte an den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Im südlichen Landkreis Landshut gebe es viele Einzelanwesen und Weiler, die nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden und einer anderen Nutzung zugeführt werden sollten. Man bremse sich selber aus, wenn z. B. ein bestehende älteres Wohnhaus abgerissen werden und dafür ein Neubau mit mehreren Wohnungen entstehen soll, dann sei dies wegen der fehlenden Privilegierung im Außenbereich leider nicht möglich. Hier sollte man sich dafür einsetzen, dass diese bestehenden Anwesen im Außenbereich in ihrer Substanz erhalten blieben, auch wenn eine Nutzungsänderung in Wohnungen oder eine gewerbliche Nutzung aufgrund der Lage im Außenbereich eigentlich nicht möglich sei. Hier gebe es auch Potenzial.

Zum ÖPNV sprach er sich dafür aus, keine „leere Luft durch die Gegend zu fahren“. Für den Neubau des Landratsamtes habe man eine Untersuchung zur Anbindung des ÖPNV durchführen lassen. Dabei habe sich herausgestellt, dass beim derzeitigen Standort in Landshut-Achdorf, der sicherlich mit zwei Linien der Stadtwerke im Halbstundentakt eine gute ÖPNV-Anbindung aufweise, nur ca. 8 Prozent der Besucher mit dem ÖPNV zum Landratsamt kämen. Es sei fraglich, ob im ländlichen Bereich der ÖPNV bezahlbar sei und von den Bürgern auch genutzt werde. Er sehe die Formulierung deshalb als ausreichend an.

Bürgermeister **Franz Göbl** hielt die Formulierung zum ÖPNV und den Wohngebieten für ausreichend. Die Botschaft sei bei den Kommunen schon längst angekommen.

Es sei nicht wirtschaftlich, eine Linie aufrecht zu erhalten, bei der im Schnitt nur eine Person mitfahre. Da verbrauche ein Privat-Pkw weniger Energie. Auch das Thema Flächenverbrauch sei bei den Gemeinden angekommen. Früher sei eine Bauparzelle in einer Landgemeinde schon mal 1.000 m<sup>2</sup> groß gewesen, heute plane man mit 500 bis 600 m<sup>2</sup>, weil die Flächen knapp, der Preis höher werde und viele auch keinen so großen Garten mehr wollten wie früher. Ein großes Problem sei, dass man an die Leerstände nicht rankomme. Man habe schon seit fünfzehn Jahren ein Konzept für die Innenentwicklung, aber bis heute noch keine Möglichkeit gehabt, wenigstens eines der Häuser zu kaufen. Viele ließen die Gebäude lieber leer stehen als zu verkaufen. Die Kommunen wüssten, dass sie handeln müssen.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** stellte klar, dass es nicht die Absicht sei, Flächenbeschränkungen einzuführen. Die Diskussionen, die hier geführt würden, würden im Abwägungsprozess auch wieder auftreten. Er verwies auch auf das momentan laufende Volksbegehren. Auch dieses werde dazu führen, dass man sich mit dem Thema weiter auseinandersetzen müsse.

Oberbürgermeister **Alexander Putz** verwies darauf, dass das Tempo des Flächenverbrauchs in Deutschland erheblich zurückgehe. Dies könne man auf der Seite des Umweltbundesamtes nachlesen. Dies bedeute zwar nicht, dass man sich mit dem Thema nicht befassen solle. Aber es zeige auch, dass es schon lange in den Köpfen angekommen sei.

Stv. Planungsbeirat **Reinhold König** verwies ebenfalls auf das Volksbegehren. Es habe sich bereits ein breites gesellschaftliches Bündnis gefunden, das den „Flächenfraß“ eindämmen wolle. Auch der Bund Naturschutz sei für dieses Volksbegehren. Selbst wenn es eine Halbierung des Flächenverbrauchs geben sollte, heiße dies ja nicht, dass es keinen Verbrauch mehr geben dürfe. Es dürften weiterhin 5 ha Fläche in Bayern pro Jahr verbraucht werden. Vom CSU-Umweltausschuss gebe es seiner Meinung nach gute Ansätze, nämlich das Ganze auf die örtliche (gemeindliche oder städtische) Bevölkerung umzulegen. Und es gebe den Vorschlag zu einer Art Zertifikatehandel. Kommunen, die keinen Flächenverbrauch haben, könnten Zertifikate an Kommunen abgeben, die einen großen Verbrauch haben. Man warte derzeit auf die Entscheidung des bayerischen Innenministeriums, ob das Volksbegehren direkt zugelassen werde oder ob es zur Prüfung dem VGH vorgelegt werden müsse.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte die geplanten Trenngrünbereiche, die mit den betroffenen Gemeinden abgestimmt worden seien.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erklärte, dass er die Streichung einiger bisheriger Trenngrünausweisungen kritisch sehe. Münchnerau und Siebensee auch Auloh z. B. fielen heraus. Man habe gerade ausgeführt, dass versiegelter Boden nie mehr zurückkomme. Der Rückgang der Arten sei dramatisch. Hier handle es sich auch um Rückzugsgebiete für Vögel und seltene Arten. Aus ökologischer Sicht sei es haarsträubend, wenn man diese Gebiete aufgebe.

Regionsbeauftragter **Sebastian Bauer** erläuterte, dass eine Doppelsicherung im Regionalplan nicht vorgesehen sei. Der Bereich Auloh und Gretlmühle sei durch die Ausweisung des Regionalen Grünzugs gesichert und werde deshalb schon von größerer Bebauung freigehalten. Dazu brauche man dann nicht mehr das Trenngrün.

Der Bereich entlang des Bachlaufes in Münchnerau sei als Biotop gesichert und im Flächennutzungsplan auch entsprechend ausgewiesen. Die Funktion des Trenngrüns habe sich geändert. Es diene früher auch zur Freiraumsicherung. Jetzt sei es ein reines Instrument zur Gliederung von Siedlungskörpern, damit diese nicht zueinander wachsen. Es wären bisher auch Trenngrünbereiche ausgewiesen, die am Rande eines Ortes gelegen hätten und danach sei nichts mehr gekommen. Dies diene ebenfalls nur zur Freiraumsicherung. Entsprechende Bereiche müssten gegebenenfalls anders gesichert werden. Die naturschutzfachlich wertvollen Flächen, die herausgenommen worden seien, seien alle anderweitig gesichert.

**Beschluss: 17 : 0**

**Der Planungsausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf zur Neufassung von Kapitel B II Siedlungswesen des Regionalplans Landshut zu und beauftragt den Verbandsvorsitzenden, das erforderliche Anhörungsverfahren einzuleiten.**

**Der Regionsbeauftragte wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Arbeiten durchzuführen. Er wird ermächtigt, soweit erforderlich, noch redaktionelle Veränderungen am vorgelegten Fortschreibungsentwurf durchzuführen.**

---

**TOP 2.2: Achte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Kapitel B III Sozialwesen, Gesundheit, Bildung und Kultur  
Sachstandsbericht**

Ltd. RD **Peter Schmid** von der Regierung von Niederbayern erläuterte die Präsentation.

Bei der letzten Sitzung, so Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** sei angeregt worden, beim Thema Kultur einen Passus aufzunehmen, dass das Ehrenamt besonders gefördert werden solle. Dies wäre aus seiner Sicht ein gutes Signal. Man werde in Zukunft wahrscheinlich noch vermehrt ehrenamtliche Helfer benötigen. Damit könne man den ehrenamtlich Tätigen eine entsprechende Wertschätzung zuteilwerden lassen.

Ltd. RD **Peter Schmid** erläuterte, dass hier der räumliche Bezug fehle. Die Ziele und Grundsätze im Regionalplan hätten immer etwas mit Verortung von Infrastruktur oder mit Standorten zu tun. Beim Ehrenamt sei es schwierig einen regionalen Bezug herzustellen. Er wäre dankbar für einen diesbezüglichen Vorschlag.

Darauf schlug Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** „ehrenamtliches Engagement ist besonders zu fördern“ vor. Dies passe hervorragend zum Punkt Kultur. Ltd. RD **Peter**

**Schmid** sicherte zu, dass man darüber nachdenken werde, wie man so etwas einfügen könne.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** regte außerdem an, bei Punkt 2 Gesundheit neben dem qualitativen Ausbau der Krankenhäuser auch die Zusammenarbeit der Krankenhäuser aufzunehmen. Als Beispiel sehe er hier das Klinikum Landshut und das Kreiskrankenhaus Achdorf. Man stehe im Gesundheitswesen vor gewaltigen Herausforderungen insbesondere in Bezug auf die Kosten. Eine Zusammenarbeit könne hier Möglichkeiten schaffen. Gerade hier sei es nötig auf Effizienz und Synergie zu achten. Lfd. RD **Peter Schmid** erklärte, dass dies auch dem geschuldet sei, dass man bei den Krankenhausstandorten noch nicht mit dem Fachplanungsträger gesprochen habe. Er werde diesen Punkt aufgreifen und mit dem Fachplanungsträger diskutieren, ob man etwas zur Kooperation aufnehmen könne. Aber auch hier gelte, dass es dem Regionalplaner um die Standorte und die Qualität der Versorgung gehe. Wie dies intern organisiert werde, sei für den Regionalplaner nicht entscheidend. Man müsse irgendwo eine Grenze ziehen. Es gehe um ein räumliches und nicht ein sozialpolitisches Konzept. Er verspreche aber, diesen Punkt im Auge zu behalten.

Kreisrat **Nik Sörtl** verwies darauf, dass für ihn das Brauchtum ein wichtiger Schwerpunkt im Bereich Kultur sei. Er regte an, neben den kulturellen Schwerpunkten auch Traditionen aufzunehmen. Der Ausdruck „kulturelle Schwerpunkte“ sei ihm persönlich zu oberflächlich, „Traditionen“ dagegen etwas, das gewachsen sei.

Lfd. RD **Peter Schmid** erläuterte, dass man den Begriff „kulturelle Schwerpunkte“ in der Begründung erläutere. Hier beschreibe man exemplarisch die verschiedenen kulturellen Angebote. Die Begriffe Heimat und Brauchtum werde man in der Begründung aus jeden Fall vorfinden.

Laut Landrat **Heinrich Trapp** sei es wichtig, das Augenmerk auf die Infrastruktur und die Standorte zu richten. In den letzten Jahren seien sehr viele Standorte verschwunden bzw. in andere Einrichtungen umgewandelt worden. Diese Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen. Die AOKs forderten z. B., dass in Zukunft nur noch Krankenhäuser ab 500 Betten weiter betrieben werden sollen. In ganz Niederbayern würde es dann vielleicht nur noch vier Krankenhäuser geben. Das wäre unmöglich. Am Krankenhaus in Landau habe man zum Beispiel zu Beginn seiner Amtszeit im Jahresdurchschnitt 185 Patienten pro Tag gehabt. Das seien 6.000 Patienten im Jahr gewesen. Heute habe man immer noch 6.000 Patienten pro Jahr, aber nur noch 85 Patienten pro Tag. Die Verweildauer sei im gleichen Zeitraum von zwölf Tagen auf 4,8 Tage zurückgegangen. Die Strukturen änderten sich. Das Krankenhaus Deggendorf habe vorher 460 Betten gehabt. Dieses sei mit dem Krankenhaus Landau zu einer Nummer zusammengelegt worden, um wieder über 500 Betten zu haben. Dadurch erhalte man einen Schwerpunktzuschlag, der im Jahr sechs bis sieben Millionen ausmache. Dies sei für den Standort essentiell wichtig. Deshalb müsse man auch mit den Krankenkassen sprechen. Der zweite Punkt sei der Fachkräftemangel in allen Bereichen, auch bei den Ärzten. Viele bei uns ausgebildete Ärzte gingen in die Schweiz, nach Norwegen oder in die Industrie. Man hole dann Ärzte aus Osteuropa, falls diese den Sprachtest bestünden. Selbst bei Bestehen des Tests gebe es aber dann noch Sprachbarrieren. Er sei froh über



vorgeschlagenen Grundsatz, dass Dingolfing zu einem Krankenhaus der Versorgungsstufe II ausgebaut werden solle. Er bezeichnete Dingolfing als „boomendes Krankenhaus“. Man habe aber große Probleme genügend Personal - vor allem im Krankheitsfall - zu bekommen, obwohl man mehr Krankenschwestern beschäftige als vor zwei Jahren. Man sei froh, dass es in Dingolfing eine Schlaganfall-Spitzenversorgung gebe. Aber weil man dort Herzkatheter und Schlaganfallversorgung habe, habe man jetzt zu viele Patienten in Dingolfing. Deshalb habe man die pneumologische Abteilung, die erst vor kurzem dort aufgebaut worden sei, nach Landau verlegen müssen, weil dies in Landau noch normal bezahlt werde aber in Dingolfing nicht mehr. Die Krankenkassen müssten auch die Schwierigkeiten sehen, dass man nicht zu allen Zeiten ausreichend qualifiziertes Personal vorhalten könne.

Der Landkreis Dingolfing-Landau sei Bildungsregion. Man habe vor kurzem im Kreisausschuss diskutiert, ob man das Angebot, Gesundheitsregion zu werden, annehmen solle. Dies werde zu siebzig Prozent vom Freistaat gefördert. Das Projekt fördere die Durchschaubarkeit, die Vernetzung usw. Er hätte von den Anwesenden gerne gewusst, ob man zu diesem Projekt raten könne, denn der Kreisausschuss sei erst einmal nicht recht begeistert gewesen, weil der Geschäftsführer zwar die erste Zeit mit siebzig Prozent gefördert werde, aber nach drei Jahren müsse man das allein tragen.

Den Grundsatz „Grund- und Mittelschulen sollen in allen Zentralen Orten erhalten werden“ finde er gut, aber dann müsse man auch Druck auf die Politik machen, dass ausreichend Lehrer eingestellt würden, damit man den Mehrbedarf, wenn Schulen nicht zusammengelegt würden, auch regeln könne. Das Schulamt müsse in der Lage sein, die entsprechenden Lehrer zuzuteilen. **Verbandsvorsitzender Alfons Sittinger** erklärte dazu, dass man deshalb auch die Ziele und Grundsätze formuliere, um entsprechenden Druck aufbauen zu können. Dann gebe es einen breiten kommunalen Konsens, auf dem man argumentativ aufbauen könne.

Bürgermeister **Hermann Etzel** merkte zum Grundsatz 3.5 „Die Betreuungsangebote an den Schulen sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten ausgebaut werden.“ an, dass es hier sehr hohe Anforderungen an die Betreiber gebe. Für die Betreuung von drei Kindern gebe es die gleichen Anforderungen wie für z. B. dreißig Kinder. Es müssten zwei Personen mit entsprechender Ausbildung da sein. Es sei ihm vor allem darum gegangen, das Thema nicht aus den Augen zu verlieren, so **Ltd. RD Peter Schmid**. Dies werde immer wichtiger, weil es für die Familien immer häufiger notwendig werde, dass beide Partner arbeiten. Wenn hier die Standards und Anforderungen so hoch gesetzt seien, dann sei das sicher nicht förderlich. Aber so etwas könne man nur sehr schwer im Regionalplan regeln. **Bürgermeister Hermann Etzel** bat die anwesenden Mitglieder der Regierung von Niederbayern, sich für eine bessere Regelung einzusetzen.

Planungsbeirat **Udo Egleder** verwies darauf, dass das Thema Barrierefreiheit zwar zweimal angesprochen werde, aber jeweils in der Soll-Form. Seiner Meinung nach hänge eine Soll-Aufgabe ein Stück hinter dem zurück, was längst Standard sei. Es sei ein Ziel der Bayerischen Staatsregierung, die Barrierefreiheit umfassend zu erreichen. Es gebe mittlerweile das Teilhabegesetz, in dem dies festgelegt sei. Er schlage deshalb vor, hier Ziele zu formulieren. **Ltd. RD Peter Schmid** erklärte, dass man diesen Punkt streichen könne, wenn dies durch das Gesetz bereits

abschließend geregelt sei. Man werde dies in Erfahrung bringen und in der nächsten Sitzung, je nachdem wie man die Notwendigkeit einschätze, einen Vorschlag machen.

Oberbürgermeister **Alexander Putz** erklärte zur Frage von Landrat Trapp, dass Stadt und Landkreis Landshut auch die Gesundheitsregion beantragt hätten. Man könne aber noch nicht sagen, ob es empfehlenswert sei, weil man noch keine ausreichenden Erfahrungen gemacht habe.

Er regte an, einen Passus aufzunehmen, dass für eine ausreichende Versorgung im Krankenhausbereich speziell auch für die ländlichen Regionen zu sorgen ist und dass man weniger auf Zentralisierung und Abbau sondern auf Kooperation der vorhandenen Strukturen setzt. Derzeit gebe es die Tendenz, dass zentralisiert werde, die Häuser größer und größer und die Wege immer weiter würden. Wenn dies dazu führe, wie in letzter Zeit bereits im Raum Passau geschehen, dass Geburten im Taxi stattgefunden hätten, weil die dezentralen Geburtskliniken abgebaut worden seien, dann könne so etwas schon als Entwicklungsziel formuliert werden. Bezüglich der Kooperation könne man gern eine ähnliche Formulierung wie bei den Hochschulen aufnehmen erklärte Ltd. RD **Peter Schmid**. Oberbürgermeister **Alexander Putz** bat darum auch einen Hinweis aufzunehmen, dass weiteren Zentralisierungstendenzen entgegenzuwirken sei, weil dies momentan das eigentliche Problem sei.

Bürgermeister **Franz Göbl** gab Herrn Bürgermeister Etzel in Bezug auf die schulische Nachmittagsbetreuung recht. Es werde den Kommunen sehr schwer gemacht. Der Personalaufwand sei hoch und das Personal, das man bräuchte, gebe es nicht mehr auf dem Markt.

Zum Thema Mittelschule: Ab der 5. Klasse würden die Schüler quer durch den Landkreis gefahren. Er sei schon immer für eine Aufwertung der Mittelschulen. Wenn man dort die mittlere Reife machen könnte, dann müssten die Kinder eben nicht durch den ganzen Landkreis gefahren werden, was einen erheblichen Kostenfaktor darstelle. Für dieses Geld könne man viele Lehrer einstellen. Jetzt wäre seiner Meinung nach der richtige Zeitpunkt, um sich zu Wort zu melden. Bereits bestehende Mittelschulen sollten auch weiterhin Bestand haben, auch bei ihnen bestehe die Gefahr, dass sie künftig geschlossen würden. Fakt sei, dass teilweise ein oder zwei Schüler mit dem Taxi zu anderen Schulen gefahren würden, damit sie dort ihren Fachunterricht erhielten, oder dass man acht Kinder mit einem großen Bus transportieren müsse. Wo blieben da der Umweltschutz, kurze Schulwege oder die Heimatverbundenheit. Der Erhalt der Mittelschulen auf dem Land sei wichtig, aber im Schulsystem mache man alles, was dagegen arbeite. Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** merkte an, dass das Ziel der Mittelschulen auch sei, dass man möglichst viele Standorte erhalten könne. Man könne aber für eine Klasse mit fünfzehn Schülern keine drei Zweige anbieten. Entweder müsse man die Zweige abschaffen oder die Schüler durch die Gegend fahren. Man müsse auch darüber diskutieren, ob man die Zweige tatsächlich brauche. Zuvor ziehe man die Kinder ab, wenn sie auf das Gymnasium oder die Realschule gingen. Dann seien eben für die Mittelschule nicht mehr genügend da, so Bürgermeister **Franz Göbl**. Deshalb müsse man die Mittelschulen aufwerten, damit mehr Kinder und Jugendliche im Dorf blieben. Man solle an den Mittelschulen auch einen Bildungsabschluss erreichen können, der dem an der Realschule entspreche. Dann habe man dieses Problem nicht. Es gebe einen

Kampf der Schulen um die Schüler, der für die Mittelschule vielleicht schon verloren wurde.

Landrat **Heinrich Trapp** ergänzte, dass man sich bemühe, die Infrastruktur zu erhalten, aber die Regelungen bzgl. Förderung dem entgegenliefen. Als Beispiel nannte er einen Metzger, der eine Million in die Modernisierung seines Betriebs investieren wolle. Dieser habe einen Förderantrag an die Bayerische Staatsregierung gestellt. Das Ergebnis sei gewesen, dass er die Förderung nur bekomme, wenn er 50 Prozent seines Umsatzes in mehr als 50 km Entfernung mache. Dadurch solle Geld in die Region fließen. In der Dorferneuerung gebe man viel Geld dafür aus, die Geschäfte vor Ort zu halten und hier mache man das Gegenteil. Dies sei für ihn unverständlich. Es gebe auch Zwei/Drei-Personenbetriebe, die in der Metallverarbeitung tätig seien, die diese Förderung erhielten, weil sie ihre Produkte (Schrauben o. ä.) auch nach Hessen lieferten. Es könne nicht sein, dass die Kommunen mit viel Aufwand versuchten, ihre Bäcker und Metzger vor Ort zu halten, aber wenn es um die Förderung gehe, gerade diese Betriebe nichts erhielten. Er bat darum, eine Förderung auch für die Betriebe zu ermöglichen, die bereits vorhanden seien, damit man nicht hinterher über die Dorferneuerung wieder versuchen müsse Geschäfte anzusiedeln.

Anregungen und Anmerkungen, so Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger**, könnten gerne auch schriftlich an den Verband weitergegeben werden. Das Kapitel sei intensiv zu diskutieren. Auch wenn es anfangs Skepsis gegeben habe, so zeige sich mittlerweile, dass es richtig gewesen sei, diese Kapitel aufzubauen. Bisher gebe es schon sehr viele Inhalte und gute Ziele, die angesprochen würden.

---

### **TOP 3: Jahresrechnung für das Jahr 2017; Beratung und Beschluss**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

#### **Beschluss: 17:0**

**Der Planungsausschuss nimmt die Ergebnisse der Haushaltsrechnung für das Jahr 2017 und der örtlichen Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Landshut ohne Einwände zur Kenntnis. Die außerplanmäßigen und überplanmäßigen Ausgaben sind durch Kosteneinsparungen auf anderen Haushaltsstellen gedeckt und werden genehmigt. Das Ergebnis der Haushaltsrechnung wird festgestellt.**

Herr Landrat **Heinrich Trapp** übernahm die Sitzungsleitung.

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16:0**

**Der Planungsausschuss erteilt dem Verbandsvorsitzenden für die Jahresrechnung 2017 in entsprechender Anwendung des Art. 88 Abs. 3 Landkreisordnung die Entlastung.**

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** übernahm wieder die Sitzungsleitung und bedankte sich für den Beschluss.

---

**TOP 4: Haushaltsplan für das Jahr 2018;  
Beratung und Beschluss**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 17:0**

**Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Landshut beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 gemäß der vorgelegten Drucksache.**

---

**TOP 5: Fortschreibung Landesentwicklungsprogramm Bayern  
2018  
Aktuelle Neuerungen**

Ltd. RD **Peter Schmid** erläuterte die Präsentation.

Herr Landrat **Peter Dreier** stellte klar, dass es ihm nicht darum gehe, dass in den Einzelanwesen Gewerbegebiete entstehen sollten. Man sollte aber eine Umnutzung ermöglichen, um den Verfall dieser Einzelanwesen zu stoppen, auch wenn dies

derzeit baurechtlich nicht möglich sei. Ansonsten bekomme man in den nächsten zwanzig Jahren eine Reihe von Einzelanwesen, die dem Verfall preisgegeben würden. Dies sollte man vermeiden.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

---

BGM Haider verlässt die Sitzung.

LR Dreier verlässt die Sitzung.

Kreisrat Sötl und Kreisrat Brunner verlassen die Sitzung.

BGM Schmid verlässt die Sitzung 12:10 Uhr

BGM Etzel verlässt die Sitzung 12:11

Frau stv. LRin Plattner verlässt die Sitzung 12:12

## **TOP 6: „Dahoam in Niederbayern“ Informationsportal für die Region: Von "Innen und Außen" positiv wahrgenommen werden**

Herr **Albert Eckl**, Vorstand des Hans-Lindner-Instituts, und Herr Bertram Vogel vom „Niederbayernforum e.V.“ stellten die Plattform anhand einer Präsentation vor.

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** berichtete, dass der Markt Arnstorf die Plattform schon seit einiger Zeit nutze. Der Markt sei Mitglied bei „Dahoam in Niederbayern“. Die Plattform werde von den Vereinen und den Ehrenamtlichen in Arnstorf sehr gut angenommen. Der Aufwand für die Gemeinden sei gering, es laufe über das Hans-Lindner-Institut. Vereine, die keine eigene Homepage hätten, könnten hier ihre Veranstaltungen und Informationen veröffentlichen. Neubürger oder Gäste könnten sich hier informieren, wo es Betreuungseinrichtungen, Schulen und dgl. gebe. Ziel sei, die Region besser zu vernetzen. Das Ganze bewege sich in einem finanziellen Rahmen, den sich eine Gemeinde auch leisten könne.

Landrat **Heinrich Trapp** begrüßte das Projekt. Auswärtige könnten sich über diese Homepage informieren, was es so alles in der Region gebe. Er wolle die Plattform auch in der neuen Landkreiszeitung vorstellen. Die Plattform biete auch die Möglichkeit, für Vereine zu werben. Es werde immer schwieriger, Verantwortliche und Mitglieder zu finden. Auch bei der Freiwilligen Feuerwehr gebe es zunehmend Probleme. Über die Plattform könne man auch Zuziehende informieren, kaum einer kenne so etwas wie eine Freiwillige Feuerwehr aus seiner Heimat. Viele von den Zugezogenen hätten keine Tageszeitungen abonniert, es gebe auch kaum Vereinsmitgliedschaften. Er schlug vor, auch die Bildungskoordinatoren mit einzubinden.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Informationen auch unter: [www.dahoam-in-niederbayern.de](http://www.dahoam-in-niederbayern.de)

---

**TOP 7: Bericht über abgeschlossene landesplanerische Überprüfungen und Stellungnahmen des Verbandes Raumordnungsverfahren B 15neu**

Ltd. RD **Peter Schmid** erläuterte die Präsentation zur B 15neu.

Weitere abgeschlossene landesplanerische Überprüfungen und Stellungnahmen des Verbandes gab es nicht.

---

**TOP 8: Informationen, Wünsche und Anträge**

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** wies darauf hin, dass die nächste Sitzung voraussichtlich im Herbst 2018 stattfinden werde. Danach beendete er den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Präsentationen sind in der Anlage beigefügt.

Aufgestellt am 13.04.2018

Genehmigt am 13.04.2018

gez.

gez.

Christine Erbinger  
Geschäftsführerin

Alfons Sittinger  
Erster Bürgermeister  
Verbandsvorsitzender